

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

209 (9.9.1930)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gebräuchlichsten Millimeterzeile 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Text, der bei Nichterhaltung der Zahlungsfrist, bei gerichtlichem Verfahren und bei sonstigen außer Kraft tritt o. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe L. 3. o. S. 10. Bei Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufhebelnde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. ohne Zustellung 2.20 Mark o. Durch Me. D. 2.00 Mark o. Einjahrespreis 15 Pfennig o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 3., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volkstfreund-Verlag: Durck, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Raßau, Rosenstraße 2; Offenbach, Republikstraße

Nummer 209

Karlsruhe, Dienstag, den 9. September 1930

50. Jahrgang

Wie kommt Wirtschaftsgesundung?

Rundfunkrede von Dr. Herx

Am Berliner Rundfunk sprach am Montag der sozialdemokratische Abg. Dr. Paul Herx über das Thema: „Wirtschaftsverfall und Wirtschaftsgesundung“. Zusammenfassend sagte Herx über die Mittel zur Überwindung der Wirtschaftskrise:

„Die wichtigste Rolle zur Überwindung der Wirtschaftskrise kommt dem beschleunigten Abbau der Preise zu. In seinem Buche „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“ sagte der Professor an der Berliner Handelshochschule, Dr. Bonn, das gleiche. Einen ähnlichen Standpunkt hat auch die jetzige Reichsregierung eingenommen, als sie in der Begründung zu ihrer Notverordnung darlegte: „Die mangelnde Anpassung der gebundenen Preise in einer Zeit, in der die gesamte deutsche Wirtschaft unter dem Druck einer schweren Depression steht, erschwert und verzögert die Überwindung wirtschaftlicher Not, führt zu Bruchliegen menschlicher Arbeitskraft und technischer Anlagen weit über das unmittelbar durch die Krise an sich bedingte Maß hinaus.“

Leider ist bisher nach dieser Erkenntnis nicht ernsthaft getandelt und von den schönen Machtbefugnissen gegenüber mächtigen Kartellen und Monopolen zur Senkung der Preise kein Gebrauch gemacht worden. Senkung der überhöhten Preise bei Erhaltung eines Reallohnes der Beschäftigten und die Unterbindung der Unbeschäftigten ist jedoch nach wie vor die entscheidende wirtschaftliche Maßnahme zur Besserung.

Die vielfach im Frühjahr gehobene Hoffnung auf allmähliche Besserung im Laufe des Sommers hat sich nicht erfüllt. Das ist umso bemerkenswerter, weil sowohl die Senkung der Zinsen, als auch der Sturz der Preise für Rohstoffe zwei heilsame Momente boten. Das ist keine Wirkung gehabt haben, daß der Niedergang der Wirtschaft weiter fortgeschritten ist, beruht im wesentlichen auf einer Vertrauenskrise. Sie ist zurückzuführen auf die

politische Unsicherheit, die die Auflösung des Reichstags, die Anwendung des Artikel 48 und gewisse abenteuerliche Pläne für die Zukunft geschaffen haben. Diese Auflösung wird auch in dem letzten Bericht des Instituts für Konjunkturforschung vertreten. Ferner ist die Unsicherheit hervorgerufen durch die mangelhafte Sanierung der öffentlichen Finanzen. Nach wie vor gilt der von mir seit Jahr und Tag vertretene Standpunkt, daß die Sanierung der Finanzen der Sanierung der Wirtschaft vorausgehen müsse und man die Sanierung der Finanzen nicht von der Sanierung der Wirtschaft abhängig machen dürfe.

Noch wichtiger aber ist die Beseitigung der politischen Unsicherheit. Die Kapitalflucht, eine der wichtigsten Ursachen für die Schärfe der Krise hat in den letzten Wochen, wie allseitig zugegeben wird, einen geradezu verheerenden Umfang angenommen und immer weitere Kreise gezogen. Ohne Zweifel hat auch das auf die Gesamtwirtschaft ebenso ungünstig gewirkt, wie die Unsicherheit über die politische Zukunft in Deutschland. Die Stagnation im Arbeitsmarkt, die fehlende Unternehmungslust, die Unsicherheit an der Börse, das alles sind Symptome, wie gefährlich politische Unsicherheit für das Wirtschaftsleben ist. Wird sie nicht beseitigt, wachsen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, bleibt die Arbeitslosigkeit Dauerzustand. Die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände, die unbedingte Sicherung des demokratisch-parlamentarischen Regierungssystems und das Befolgen am außenpolitischen Verständigungsgedanken, sind daher die obersten Voraussetzungen für einen Wirtschaftsaufschwung, an dessen Ende die Wirtschaftsgesundung stehen soll.

An diese wirtschaftlichen Darlegungen von Dr. Herx anknüpfend, kann man sagen, daß eine starke Sozialdemokratische Voraussetzung der Wirtschaftsbesserung ist. Wer daher Besserung will, wählt am 14. September

Liste 1, Sozialdemokraten!

Die Arbeitslosigkeit in Rußland

„Land ohne Arbeitslose“ oder Potemkinische Dörfer

Das zaristische Rußland war groß im offiziellen Schwandel. Die Potemkinischen Dörfer, d. h. das gemalte Paradies, das den tschechischen und rumänischen Herrschenden Wohlstand vorführte und Armut und Not verdeckte — sind eine russische Erfindung. Potemkinische Dörfer fabriziert auch Sowjetrußland. Es erzählt der Welt, es sei das „Land ohne Arbeitslose“. Wie es jedoch mit der Arbeitslosigkeit in Rußland wirklich steht, das über eben interessante Mitteilungen der Internationalen Rundschau der Arbeit (Seite 8) der Monatschrift des Internationalen Arbeitsamtes, einigermaßen Aufschluß. Diese Mitteilungen beruhen auf Kongreßberichten und Zeitungsausschnitten, die in Rußland selbst erschienen sind und also sogar noch zu Gunsten Rußlands gefälscht sind. Die Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamtes zeigen, daß die Arbeitslosigkeit in Rußland schlimmer ist als in irgend einem andern Land.

In Rußland gab es im Januar 1930 — nach der russischen Arbeitslosenstatistik — 1.311.000 eingetragene Arbeitslose. Als arbeitslos kann in Rußland nicht jeder Arbeitslose eingetragen werden; in Frage kommen hierfür nur solche Leute, die von den Arbeitgebern als arbeitslos anerkannt werden. Die Zahl der nicht eingetragenen Arbeitslosen ist um ein Vielfaches höher als die der eingetragenen. Ungeachtet dessen ist die Gruppe der Arbeitslosen denen man in Rußland unterstellt, daß sie nicht ernsthaft als Arbeitslose betrachtet werden können. Unter die sogenannten Nichtarbeiter fällt sogar eine große Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter.

Wie werden in Rußland die Arbeitslosen künstlich unsichtbar gemacht? Schon 1924 strich das Arbeitsamt in Leningrad 116.084 Personen einschließlich 34.407 Gewerkschaftsmitglieder aus den Listen als Arbeitsuchende. Die Bedingungen für die Eintragung in die Arbeitslosenlisten wurden von Jahr zu Jahr schärfer. Auf Grund einer Verordnung des Kommissariats für Arbeit vom 13. Juli 1929 mußten zahlreiche Arbeitslosen aus den Listen der Arbeitsuchenden gestrichen werden.

Die Bedeutung dieser künstlichen Einschränkung der Zahl der Arbeitslosen wird erst dann völlig klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der nicht eingetragene Arbeitslose in Rußland vollständig entrechtet ist. Und aus diesem furchtbaren Tatbestand macht nun die kommunistische Presse in Deutschland ein russisches Arbeiterparadies.

Diese Irreführungen grenzen bereits an großen Unfug. Wenn Moskau mit seiner Auswahl von anerkannten Arbeitslosen aus dem großen Heer der wirklichen Arbeitslosen so fortfährt wie bisher, dann wird in Rußland die Arbeitslosigkeit bald vollständig unsichtbar gemacht sein; denn wenn schon hunderttausend von gewerkschaftlich organisierten aus den Listen der Arbeitsuchenden einfach gestrichen werden, dann kann man leichter damit rechnen, daß die unorganisierten Arbeiter in Rußland im Fall von Arbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr für die Zählung in Frage kommen. In Deutschland versucht man, die Arbeitslosenstatistik möglichst zu verfeinern und genau zu gestalten. Zu diesem Zweck wird jetzt eine besondere Wohlfahrtsstatistik durchgeführt. In Sowjetrußland macht man das Gegenteil: man erfährt so wenig wie möglich die Arbeitslosen und sagt dann, es gebe keine. Das ist nicht Arbeitspolitik, sondern Humbug.

An das geistige Deutschland

Aufruf von Intellektuellen

Der Rückwärtskurs der Frankfurter Zeitung

Der sozialdemokratische Intellektuellen-Bund hat dieser Tage einen Aufruf an das geistige Deutschland veröffentlicht, der von achtzig bekannten Persönlichkeiten der deutschen Geisteswelt unterzeichnet ist. U. a. sind unterzeichnet: Universitätsprofessor Pfeiffer, Universitätsprofessor Dr. Erdmann, Berlin, Universitätsprofessor Gumbel, Heidelberg, Oberbürgermeister Seimeck, Bonn, Schriftsteller Georg Hermann, Niedargemünd, Dr. Hermann Weis, Universitätsprofessor Dr. Ledere, Heidelberg, Universitätsprofessor Dr. Lessing, Hannover, Universitätsprofessor Dr. Maurenbrecher, München, Professor Dr. Müller, Berlin, Universitätsprofessor Dr. Radtke, Heidelberg, Universitätsprofessoren, Anna Siemsen-Jena, Universitätsprofessor Dr. Tilly, Frankfurt a. M.

„In dem Aufruf heißt es u. a.: Wir wenden uns an alle, die geistig jung und aufgeschlossen sind. Es geht bei dieser Wahl um eine große Entscheidung: ob wir mit der Vergangenheit untergehen oder dem Bannerträger einer neueröffneten Zukunft sein wollen. Ein Sieg nur vorübergehender Sieger der Reaktion in Deutschland bedeutet die Katastrophe. Nur der bewußt und planvoll gemachte Uebertritt zu einer neuen Ordnung, die auf den Lebensnotwendigkeiten

und dem Wohl der Gesamtheit aufgebaut ist, wird Deutschland einer Zukunft entgegenführen können, in der innere Befreiung und äußere Geltung errungen werden.

Bei der Auswahl der Partei, der wir am 14. September unsere Stimme geben, um unseren politischen Willen zum Ausdruck zu bringen, müssen die großen Grundzüge entscheidend sein, nach denen eine Partei ihr Handeln bestimmen lassen will. Wer eine Zukunft des inneren und äußeren Friedens wünscht, muß sich jetzt zur Sozialdemokratie bekennen.

Der Verband hat versucht, diesen Aufruf auch in demokratischen Zeitungen, darunter der Frankfurter Zeitung als Inserat gegen den üblichen Zeilenpreis unterzubringen. Der Verlag der Frankfurter Zeitung sagte die Aufnahme zu, übermittelte dem Verband auch einen Korrekturauszug, so daß man mit dem baldigen Erscheinen des Aufrufs rechnen konnte. Alles schien in bester Ordnung, als sich bei der Frankfurter Zeitung auf einmal „grundtätige Erwägungen“ einstellten und sie die Aufnahme des Aufrufs auch als Inserat ablehnte.

Das Verhalten zeigt, daß die Frankfurter Zeitung, die einst in der ganzen Welt den Ruf eines unabhängigen Blattes genoss, ihre früher so viel gerühmte Unabhängigkeit eingebüßt hat. Ihr politischer Kurs ist nicht mehr der alte. Rückwärts, rückwärts ist die Lösung auch bei dem alten Frankfurter Blatt. Umso mehr lautet die Parole des geistigen Deutschland für den 14. September:

Wir wählen sozialdemokratisch: Liste 1.

Freiheitskampf der ungarischen Sozialdemokratie

Budapest, 8. Sept. (Eig. Draht). In Budapest tagt zur Zeit im Saal des Metallarbeiterverbandes der 28. Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Abgeordnete Spörki im Namen der Delegierten das feierliche Gelöbnis ab, nicht früher ruhen zu wollen, bis die ungarischen Emigranten das Recht erhalten haben, nach Ungarn zurückzukehren. Spörki richtete an die ungarischen Emigranten das Ersuchen, ihre Zweipassigkeit aufzugeben und geist den Kampf vorzubereiten.

Briands Weg nach Paneuropa

Genf, 8. Sept. (Eig. Draht). Die Konferenz der Außenminister von 27 europäischen Staaten nahm am Montag auf Vorschlag Briands einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt, daß eine enge Zusammenarbeit aller europäischen Staaten notwendig sei. Briand wurde beauftragt, der Vollversammlung des Völkerbundes sein Memorandum zu unterbreiten. Er wird der Versammlung zugleich praktische Vorschläge zur Durchführung seines Projekts zur Kenntnis bringen.

Standrecht in Argentinien

Buenos Aires, 8. Sept. (Eig. Draht). Die Revolutionsregierung hat über ganz Argentinien das Standrecht verhängt und hat den Kongreß aufgelöst. In einer Proklamation erklärt die Regierung, die Verfassung zu achten, und bald Neuwahlen auszusprechen. Alle Regierungsmitglieder haben sich ehrenwörtlich verpflichtet, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen nicht zu kandidieren. Triggoren wurde wieder auf freien Fuß gesetzt.

Frühzeitiger Eintritt des Winters

Der Vorstand der Forschungsstelle für langfristige Wettervorhersage, Dr. Baur, gibt auf Grund seiner mit Unterstützung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft durchgeführten Forschungen folgende Temperaturvorhersage für den Herbst 1930:

Die gegenwärtig warme und heitere Witterung wird zwar mit kurzen Unterbrechungen noch längere Zeit fortbestehen, im Oktober und November wird aber die Temperatur in Deutschland im Durchschnitt unter der normalen liegen, so daß in diesem Jahre mit einem ziemlich frühzeitigen Eintritt des Winters zu rechnen ist.

Hakenkreuzler und Polizeispiegel

Badum, 8. Sept. (Eig. Draht). Der vor wenigen Wochen bei einer Propagandafahrt ins bairische Land tödlich verunglückte Gewerkschaftsführer der Nationalsozialisten Budareit aus Badum war — wie sich jetzt herausgestellt hat — neben seiner hauptberuflichen Tätigkeit für die Hitlerpartei noch Spitzel im Dienste der Nationalsozialistischen Polizei. Er verlor die Polizei mit wichtigem Material aus der Hitlerbewegung und soll dafür durchschnittlich 300 Mark monatlich erhalten haben.

Als die Parteifreunde Budareits von dessen Doppeltrolle erfuhr, überhäufte sie die Frau des Verstorbenen mit endlosen Schmähsungen. Frau Budareit hat daraufhin alle von den Nationalsozialisten gespendeten Kränze von dem Grabe ihres Mannes entfernt. Aus Mitleid planen die Nationalsozialisten jetzt die Beerdigung des S. A. Mannes König, der seinerzeit ebenfalls tödlich verunglückte und mit Budareit in einem Grab beigesetzt wurde, ausstrahlen und anderswo bestatten zu lassen.

Kein Vertrauen mehr zum Hakenkreuz

Berlin, 8. Sept. Der Berliner Bezirksvorstand der NSDAP, Rietz, hat sein Amt niedergelegt und ist aus der Partei ausgeschieden. Er begründet seinen Schritt damit, daß er zu den Führern der nationalsozialistischen Bewegung kein Vertrauen mehr habe.

Nationalsozialisten kaufen Wahlausweise

Die Neue Badische Landeszeitung berichtet aus Essen: Im Essener Arbeitsamt versuchten Mitglieder der nationalsozialisti-

chen Arbeiterpartei während der Amtsstunden den Erwerbslosen die Wahlausweise für wenige Mark abzukaufen, unweiskhaft mit der Absicht, mit diesen am 14. September auf betrügerische Art mehr Stimmen zu erreichen.



Was den Arbeitern nach dem 14. September harri, wenn sie nicht Liste 1 wählen!

Freistaat Baden

Maßnahmen zur Reichstagswahl

Das Ministerium des Innern hat auf Grund des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung für die Zeit vom 12. September bis einschließlich 15. September 1930 für das Land Baden alle Versammlungen unter freiem Himmel (Märsche und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, An- und Abmärsche zu und von den Versammlungen, die Benutzung von Kratwagen zu sog. Propagandafahrten) verboten. Veranstaltungen gesellschaftlicher oder kirchlicher Art, soweit sie befürchtlich und ohne besonderen politischen Charakter sind, werden durch diese Anordnung nicht betroffen.

Heidelberg muß gegen Hakenkreuzler vorgehen

Der Heidelberger Polizeibehörde teilt mit: Am Sonntag hat die nationalsozialistische Partei ihren erregenen Verbot mehrfach verletzt, in sämtlichen Stadtteilen Märsche zu veranstalten. Die Polizei ist wiederholt gegen die Demonstranten, welche den allgemeinen Verkehr behinderten, eingeschritten und hat dieselben zerstreut. Die Wahlplakate wurden beschlagnahmt. Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen gelangten sechs Personen zur vorläufigen Festnahme, welche, nachdem die Fortsetzung des ordnungswidrigen Zustandes und der Verkehrshindernisse nicht mehr zu befürchten war, wieder freigelassen wurden.

Die Pflichten der Abstimmungs-vorstandsmitglieder

Der Staatsanwalter teilt mit: Der Reichsminister des Innern hat sich über die Pflichten der Mitglieder des Abstimmungsorgans wie folgt geäußert: „Der Abstimmungsorgan ist ein staatliches Organ zur Vorbereitung der Wahl. Seine Mitglieder besitzen ein öffentliches Ehrenamt. Sie werden durch Handhabe verpflichtet, ungeachtet des Umstandes, daß bei Berufung der Mitglieder die verschiedenen Parteien zu berücksichtigen sind, sind die Mitglieder des Abstimmungsorgans unparteilich zu verhalten. Die Mitglieder des Abstimmungsorgans haben, gleichviel welcher politischen Partei sie angehören, bei ihrer Amtsführung die Pflichten zu beachten, die durch ihre Stellung als Mitglieder eines staatlichen Organs bedingt sind. Sie haben besonders parteiliche Kundgebungen zu vermeiden, die wie z. B. das Sichtbare Tragen gewisser Abzeichen, Äußerungen sind, bei Anderdenkenden berechtigten Anstoß zu erregen. Der Abstimmungsorgan ist zur Vermeidung von Unzutrefflichkeiten den Mitgliedern des Abstimmungsorgans, die mit parteipolitischen Absichten erscheinen, nachzusehen, das Abzeichen während der Ausübung ihrer Tätigkeit als Mitglieder des Abstimmungsorgans abzugeben. Wird diesem Gebot nicht entsprochen, so hätte der Abstimmungsorgan die Befugnis im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung während der Abstimmungsabhandlung durch einen anderen Wähler zu ersetzen.“

Nationalsozialistische Hege gegen Konsumvereine

Das nationalsozialistische Hegebüro, dem Führer, dehnt seine Hege gegen alles, was sozial ist, namentlich auch auf die Konsumvereine aus. Nicht nur, daß der schon längst widerlegte Schwundel von angeblichen Steuerhinterzählungen des Konsumvereins Gültigkeit wieder aufgebracht wird, wird eine Hege gegen die Konsumvereine unternommen, trotzdem nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Beamtenklasse immer mehr erkennen, welche große Bedeutung die Konsumvereine um die Beförderung der Lebenshaltung haben. Die Hege geht eben mit der Inanspruchnahme der Nationalsozialisten und sie kann daher auch nicht an den Konsumvereinen vorübergehen. Insofern wäre in dieser Hinsicht nicht tragisch zu nehmen, er sollte jedoch auch dazu dienen, verirrte Mitglieder der Nationalsozialisten darüber aufzuklären, wie sehr es dieser Bewegung nur darum zu tun ist, Zutritt in die arbeitende Bevölkerung hineinzubringen und ihnen jeden Weg zum Aufstieg zu verstopfen.

Zentrum und Frauenstimmrecht

Auch jetzt wieder arbeitet das Zentrum in den Kreisen der katholischen Frauen mit Hochdruck, um sie zur Wahl des Zentrums zu veranlassen. Die breite Öffentlichkeit ist von dieser Wahl nicht unterrichtet, denn die Versammlungen finden nur in den katholischen Frauenorganisationen statt. Diese Organisationen sind zahlreicher, als man gemeinhin weiß; um so leichter ist es, an die Frauen heranzukommen. Die kirchlichen Versammlungen werden ebenfalls die Möglichkeit, die Frauen auf diese politischen Zusammenkünfte hinzuweisen. Um so gefährlicher ist die Agitation unter den Frauen aller Stände. Natürlich ist „die Religion in Gefahr“ und natürlich werden die Frauen durch den Stimmsatzel zur Vornahme dieser Gefahr aufgefordert.

Nur in den Städten sucht man der Organisation der Frau zum Wahlkampf auch öffentlich Ausdruck zu geben. So fand in Karlsruhe eine katholische Frauenversammlung statt, in welcher der Vater Madermann das Thema behandelte: „Das Wohlstand der Frau in der Kirche und im öffentlichen Leben“. Madermann ist ein bekannter katholischer Gelehrter und Redner und es ist ganz klar, daß seine Agitation nur dem Zentrum dient. Man braucht nur die Wahlstatistik von der vorigen Landtagswahl ein wenig betrachten, um zu sehen, in wie starkem Maße diese Gemischnerte bei der Wahl der Zentrumstimmen zum Ausdruck kommen. Nur in wenigen katholischen Orten hat man eine Trennung der Geschlechter bei den Landtagswahlen vorgenommen. Über diese wenigen Orte sind recht Gemeinheitsfragen für die religiöse Einwirkung bei der Abgabe von Frauenstimmen.

So wurden in Karlsruhe 14 224 Zentrumstimmen abgegeben, davon allein von Frauen 9149 und nur 5275 von Männern, also 64 Prozent Frauenstimmen und 37 Prozent Männerstimmen. In Sasbach i. N. wurden gewählt 834 Zentrumstimmen, davon hatten die Männer abgegeben, 289, die Frauen aber 545. In Kirchbach, eine Bruchhals, erhielt das Zentrum 1134 Stimmen, davon waren 1000 und schreibe 782 Frauenstimmen und nur 352 Männerstimmen. Sprechen diese Zahlen nicht genug? Sie müssen nach unierer Aufzählung zu einer ganz intensiven Werbung unter den sozialdemokratischen Frauen und Mädchen Veranlassung geben. Man beachte, daß unter 100 Wahlberechtigten sich 55 Frauenstimmen befinden. Die Frauen haben also die Mehrheit bei den Wahlen. Das immer wieder herorgesprochen und den Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen zu sagen, ist eine unbedingte Notwendigkeit. Leider befindet sich unter den Frauen, die Zentrum wählen, auch manche Arbeiterfrau. Das Beispiel von Kirchbach ist Beweis genug, denn dort wurden zwar bei der Landtagswahl 124 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben, darunter befinden sich aber nur 22 Frauenstimmen. Dies ist um so mehr aufzufallen, als der Ort außerordentlich viele Arbeiterinnen beherbergt.

Es muß also unsere Aufgabe sein, auf diese Seite der Wahlbewegung noch besonders hinzuweisen. Berechtigt also nicht, bei den Frauen auf die Bedeutung der Wahl aufmerksam zu machen!

Die Badische Gebäudeversicherungskasse veröffentlicht ihr Rechnungsergebnis für das Jahr 1929. Es wird darin mitgeteilt, daß in dem 19 694 735 RM. betragenden Betriebs- und Ausgleichsfonds der Kasse im Jahre 1930 eingehende Umlage mit voraussichtlich 9 069 817 RM. enthalten ist, so daß das am 31. Dezember 1929 verbliebene Vermögen 10 634 918 RM. betrug.

Dietrichs Wahlparole

Verflechtung der Arbeitslosenversicherung — Zerstückelung des Baumarktes

Reichsfinanzminister Dietrich hat in einer Rede in Mannheim den Schleier gelüftet, der bisher über seinen Finanzplan lag. Die bürgerliche Presse bezeichnet die Dietrichsche Rede als Wahlparole der Regierung. Wir müssen gestehen: was Dietrich in Mannheim vorgetragen hat, übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. Seine Pläne verkennen wirtschaftliche Notwendigkeit und missachten die sozialen Lebensbedürfnisse der Massen. Sie sind, um das Kind mit richtigem Namen zu nennen, eine glatte Kapitulation vor dem „Interessentum“. Wie will die Regierung nach Dietrichs Programm dem Kernproblem, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zuleibe rücken? Man hätte erwartet, daß der Reichsfinanzminister in Mannheim etwas über den Preisabbau gesagt hätte. Er zog jedoch vor, darüber zu schweigen. Die Arbeitsbeschaffung betrachtet er als ein Nebenprodukt. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Wirtschaft soll eine Reform der Arbeitslosenversicherung (durch Vorentrennung der Arbeitslosenversicherung vom Reichsstat, Beseitigung der Zufuhrpflicht des Reiches und Einschränkung der Leistungen für verschiedene Berufe) und eine Senkung der Reallohnsteuer mit Hilfe der Hausinsolvenz vorangetrieben werden.

Für die Arbeitslosenversicherung soll in Zukunft, wenn es nach den Plänen des Reichsfinanzministers und der Reichsregierung geht, nur noch ein bei Beginn des Etatsjahres festzusetzender Zuschuß zur Verfügung gestellt werden, ohne Rücksicht auf das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die steigenden Verflechtungen der Reichsanstalt. Die im Arbeitslosenversicherungsgesetz festgesetzte Darlehenspflicht der Reichsregierung gegenüber der Arbeitslosenversicherung will man beseitigen und damit den Weg zu einem weiteren Leistungsabbau ebnen. Für die Landarbeiter und Bauarbeiter sollen — das geht deutlich aus den Dietrichschen Erklärungen hervor — wesentliche Verbesserungen eintreten. Man will die Unterhaltungsarbeiten der Bauarbeiter, deren Arbeitslosigkeit heute längst keine Saisonerscheinung mehr ist (40 Prozent aller Bauarbeiter mühen in den Sommermonaten feiern), abbauen. Die Notwendigkeit, die Bauarbeiter angesichts der schweren Krise auf dem Baumarkt in die Krisenfront einzubeziehen, was die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften seit Monaten fordern, wird völlig ignoriert. Dagegen will man an der Schwelle eines harten Winters die trostlose Lage der Bauarbeiter noch weiter verschlechtern.

Finanzminister Dietrich erklärt weiter, daß er dafür kämpfen wird, daß 400 Millionen Mark, d. h. die Hälfte der staatlichen Wohnungsmittel, für die Senkung der Reallohnsteuer Verwendung finden. Eine Hausinsolvenz bildet nun das Mittel zur Hausfinanzierung. Eine Herabsetzung der Hausinsolvenz, was sie die Regierung mit einem Schlag brutaler Steuererhöhung, nur um die Forderungen der bürgerlichen Wählerklasse zu befriedigen, bedeutet nichts mehr als die Zerstückelung des Baumarktes. Die Bauinsolvenz würde sich die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und seinen Lieferindustrien um mindestens 300 000 Bauarbeiter steigern.

So sehen die Pläne der Reichsregierung aus. Durch Abbau der Leistung der Arbeitslosenversicherung, durch völlige Zerstückelung des Baumarktes will man die Arbeitslosigkeit bekämpfen und die Wirtschaft beleben! Genau so verständnislos steht die Reichsregierung der Frage der Gemeindefinanzen gegenüber. Die Gemeinden stehen durch die immer stärker anwachsende Zahl der Wohlfahrtsverbände und die schwere Art der fälligen Steuern vor den größten Schwierigkeiten. Herr Dietrich will diese Probleme durch Revision der Haushaltspläne der Kommunen lösen. Der Finanzminister, der die wirklichen Ursachen der finanziellen Schwierigkeiten der Kom-

munen genau kennt, versteigt sich zu der lächerlichen und rein demagogischen Behauptung, daß die Städte dadurch an den Rand des Bankrotts gekommen sind, daß sie Teile ihrer Beamtenschaft zu hoch belohnt hätten.

Diese Wahlparole der Reichsregierung, das Finanzprogramm Dietrichs enthält von neuem den reinen Interessententum dieser Regierung, ihre Lieblingerei vor den Wünschen der bürgerlichen Gruppen, ihre Mißachtung der dringlichsten Lebensbedürfnisse der Massen und ihre Unfähigkeit gegenüber den Aufgaben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Überwindung der Krise.

Vorgeschmack vom dritten Reich

Ein nationalsozialistischer Arzt, der eine Stabsarztspension bezieht, verlangt für seine Mutter Fürsorgeunterstützung

Der Bregentalbote schreibt aus Böhrnbach: Ein Verfall der Fürsorgebeanpruchung wird hier lebhaft diskutiert. Die Geheimhaltung, die sonst bei der Behandlung solcher Fälle der Heiligkeit entspricht, hat sich nicht durchführen lassen, weil er zu früh zu dem „Gerangel“ seiner „Mutter“ schmeißt, die hiesige Ortsleiter, die Nationalsozialisten hier, ihrer Tochter. Der Mann bezieht auch eine ansehnliche Pension vom Staat noch ein Berufseinkommen, das dasjenige des in letzter Zeit vielgenannten Minister Fried noch übersteigt. Trotz Vorliegen dieser nicht schlecht zu nennenden Einkommensverhältnisse wird Fürsorgeunterstützung für die alte Mutter beantragt, die aber vom Gemeinderat wie vom Bezirksamt abgelehnt wurde. Der Grund der Ablehnung liegt in dem eingangs geschilderten guten Einkommensverhältnissen der Angehörigen. Die Argumente der genannten Behörden will aber der hiesige Gesundheitsrat nicht gelten lassen, deshalb soll der Reichspräsident in einem persönlichen Schreiben um Hilfe in der Sache angegangen werden. Hier debattiert man aber noch einer anderen Seite wegen über diesen Fall. Der Gesundheitsrat, der die Fürsorgeunterstützung für die alte Dame, die Mutter, bezieht, ist der Ortsleiter der Nationalsozialisten am hiesigen Amt. Die Nationalsozialisten schimpfen über Doppelverdienende, Jungeverdienende über hohe Löhne, über Ausbeutungen und sonstiges. Und so a dem „Gerangel“ seiner „Mutter“ schmeißt der hiesige Ortsleiter, der dem geschilderten Fall die Konsequenz aus all dem, was die Nationalsozialisten kritisieren? Im Vergleich zu all dem Getöse der Nationalsozialisten ist die Frage berechtigt: Ist es recht, daß man in einem guten Einkommen, neben der Pension, verleben dazu kommt für die Mutter noch Fürsorgeunterstützung zu beantragen? Bringt die Lasten für diese Mittel auf? Antwort: die obneid schon schwer gedrückt Steuerzahler, die doch nach den nationalsozialistischen Sprüchen entlastet werden sollen. Wie die Einkommen aber in der Praxis aussehen wird, zeigt dieser hier geschilderte Vorgang, der einen Vorgeschmack gibt, wie das „dritte Reich“ der Nationalsozialisten aussehen könnte.

Wahlreklamereinfall in Grözingen

Die Wahlplakate hat nun angefangen, es wird politisiert und Wahlplakate werden ausgehängen. In lauten Tönen erklären die Parteien, daß sie allein nur Deutschlands Retter seien. Die Anschlagstafeln, wie sollte dies auch anders sein sind bei den Wahlen viel zu klein, drum haben die Hitler ein anderes Mittel erdacht, sie beschmierien die Straße in dunkler Nacht. Denn dieser Ort, wo sonst nur Pferd und Kuh was fallen lassen Der dürft für ihre Wahlreklame wohl am besten passen. „Wählt Liste 9“ so schreiben sie dorthin schwarz auf weiß und stolz prangen nebenan das Hakenkreuz. Zufrieden ist der Nazi, nun kann's an nichts mehr fehlen, ein Seber weiß nun, was er hat zu wählen. Er legt sich nieder, beruhigt sein klopfendes Herz, im tiefen Schlummer vergißt er Kummer und Schmerz, träumt von dem Sieg, der Liebe und dem Wein und letzten Endes auch noch von der Nacht am Rhein. Doch ach, es ist halt so im Leben, daß mal die bestgeachtete Reklame geht daneben, schon graut der Tag, da naht mit artem Schritt Ein Bürgermann, bringt Kalt und Niesel mit, und bei dem ersten Morgenrot Malt er zwei Worte nur, die heißen: „Der Idiot.“ — Als dann am Morgen die Heldenjünglinge sind erwacht, Sie verstehen nicht — was soll das sein? Verflucht da steht geschrieben: „Der Idiot wählt Liste 9.“

Nationalsozialist vor Schwurgericht

500 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung des Landtags

Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Engelhardt begann das Karlsruher Schwurgericht seine diesjährige siebente Tagungsperiode mit der Verhandlung gegen den 34-jährigen Geschäftsführer der nationalsozialistischen Partei, den Kaufmann Eugen Krummich aus Karlsruhe, der sich wegen öffentlicher Beleidigung des badischen Landtags zu verantworten hatte.

Als Verteidiger steht ihm Rechtsanwalt Kapp zur Seite. Die von Oberstaatsanwalt Dr. Heinsheimer vertretene Anklage wirft ihm vor, in Karlsruhe bei der Propagandaabteilung der Ortsgruppe Karlsruhe der nationalsozialistischen Arbeiterpartei am 13. Jan. ein von dem Landtagsabgeordneten Venz entworfenes Flugblatt verbreitet zu haben, in welchem zu einer Protestversammlung gegen die Immunitätsaufhebung des Landtagsabgeordneten Wagner durch den Landtag aufgerufen wird; dieses Flugblatt enthält den von dem Angeklagten gemachten Inhalt: Wir protestieren daß man die Immunität unseres Landtagsabgeordneten Wagner aufhebt, um vor diesen Ausländern deutsche Katastrophenhaftigkeit zu setzen. Heraus zur Protestkundgebung gegen Erschießung, Vaterlandsverrat und pazifistische Feigheit!

Der Angeklagte ist, wie er angibt, 1926 bei der Partei eingetreten und arbeitete bis 1927 in ihr ehrenamtlich. Seit Oktober 1927 ist er mit einem Gehalt von 150 A. angesetzt. Der Geschäftsordnungsaußschuß des badischen Landtags hatte am 10. Januar, um die bekannten Vorfälle im „Darmstädter Hof“, wo es in der Nacht vom 18. auf 19. Dezember vorigen Jahres zu einem Zusammenstoß von Nationalsozialisten unter Führung Wagners mit Vertretern einer internationalen Eisenbahnerkommission kam, gerichtlich klären lassen zu können, die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Wagner beschlossen. Hiergegen sollte in einer Kundgebung in der Festhalle, die von den Nationalsozialisten einberufen wurde, protestiert werden. Von dem Abgeordneten Venz war im Auftrage des Gauleiters Wagner das Flugblatt entworfen und der Entwurf auf das Blatt des Angeklagten gelangt worden. Da die letzten Sätze des Entwurfs unleserlich waren, fügte der Angeklagte aus eigenem Ermessen den infirmierten Worten, fügte der Landtags beledigenden oben wiedergegebenen Ausdrücke entfall, hinzu. Das Flugblatt wurde in einer Auflage von 20 000 Stück gedruckt und in Karlsruhe verteilt. Ein Teil der Auflage des Geschäftsordnungsaußschusses gewandt zu haben. Als Zeuge wurde u. a. der Landtagsabgeordnete Venz gehört. Er gibt an, von Wagner den Auftrag erhalten zu haben, das Flugblatt zu entwerfen. Der Inhalt des Flugblattes richte sich nicht gegen den Landtag, sondern gegen Angriffe der Presse, welche

die „Darmstädter Hof“-Affäre ausgeschlachtet habe. Der Schluß unleserlich gewesen, so daß ihn der Angeklagte ergänzte. Zu die Ergänzung sei Krummich allerdings nicht berechtigt gewesen. In inkriminierten Ausdrücke hätten in dem Entwurf schon gestanden und seien nicht von Krummich hinzugefügt worden. Der Zeuge wurde unbeeidigt gelassen. Als weitere Zeugen wurden zwei dreizehntägiger Stimm, als Drucker des Flugblattes, und Politiksekretär Buchheit vernommen.

Oberstaatsanwalt Heinsheimer ging in seinem Plädoyer auf die bekannten Vorfälle im „Darmstädter Hof“ ein und betonte, daß im Interesse der Aufklärung des Falles nicht um die Immunitätsaufhebung herumkommen konnte. Das Flugblatt enthalte

schwere Beleidigungen des badischen Landtags, der höchsten Körperschaft des badischen Landes. Der Ankläger verteidigte beantragte in erster Linie eine Freiheitsstrafe. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Kapp, verfu nachzuweisen, daß der Vorwurf der Katastrophenhaftigkeit berechtigt wesen sei; er verweist u. a. darauf, daß der Volksfreund im Zusammenhang mit der „Darmstädter Hof“-Affäre eine Anfrage des Staatspräsidenten gerichtet habe, ob er sich wegen der Vorfälle entschuldigt habe. Venz habe sich nicht gegen den Landtag, sondern gegen die Journalisten gewandt, welche die Sache des Ausland wahrgenommen haben. Der Landtag lese eine immoralische Entschuldigung an den Tag. Daß der Landtag die höchste badische Körperschaft sei, sei die amtliche Auffassung, im Lande brauche man über das Landesparlament anders. Der Verteidiger hält es durch die Beweisaufnahme nicht für nachgewiesen, daß nach der Ansicht des Verfassers die betreffenden Ausdrücke auf den Landtag bezogen haben. Die Schuld des Angeklagten sei demnach eine geringe Geldstrafe.

In einer Replik weist Oberstaatsanwalt Dr. Heinsheimer Darstellung des Verteidigers, als sei seitens der Strafverfolgungsbehörde an die an der „Darmstädter Hof“-Affäre beteiligten Mitglieder heranzutreten und um Strafanträge ersucht worden, unrichtig zurück.

Nach einstündiger Beratung fällt das Schwurgericht folgenden Urteil: Der Angeklagte, Geschäftsführer Krummich, wird wegen öffentlicher Beleidigung des badischen Landtags durch Druckschrift zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Dem Landtag wird Befugnis zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Angeklagten durch einmaliges Einrücken in der Karlsruher Zeitung und Führer öffentlich bekannt zu machen. Die beschlagnahmten Exemplare des Flugblattes werden eingezogen.

Großappell der Sozialdemokratie

Minister Dr. Kemme über die Reichstagswahlen - Eine imposante und eindrucksvolle Wahlversammlung

Auf der Sozialdemokratie zur letzten großen öffentlichen Versammlung war wiederum in überaus großem Maße geleistet worden. Der große Saal der Festhalle war von einem politisch interessierten, politisch erfahrenen und zahlreichem Publikum besetzt. Die Nationalsozialisten hatten keinen Samstag wieder einmal zu einer ihrer Kadaverorgien eingeladen. Weil in einigen vorhergehenden Versammlungen der Lauf der Neugierigen oder Sensationslustigen ein anderes Varieté ist ja zur Zeit in Karlsruhe nicht in Betracht zu kommen, bekamen es die Diktatoren schon mit dem Vorhaben zu tun; Sie sicherten sich noch den letzten Festhalla-Saal des Stadts, um dem „Massenandrang“ gerecht zu werden. Aber die Massen haben an diesem Sonntag die Nase von Diktatornaut voll: Es brauchte nicht der letzte Festhalla-Saal, nicht der Stadtsaal in Anspruch genommen zu werden, der Festhalla-Saal genügt bei weitem.

Die Sozialdemokratie hielt in diesem Wahlkampf neben den gewöhnlichen Versammlungen zwei große Versammlungen ab. Ihre Besucher wissen, daß ihnen kein Theater, kein Schauspiel, großer Unfug geboten wird, sondern daß ihnen von ernstlichen Verantwortlichen Männern Wahrheit und Klarheit über die politischen und wirtschaftlichen Begebenheiten gegeben wird. So war es auch gestern Abend wieder. Ein volles, ein ruhiges, ungestörter Verlauf, eine nüchterne und sachliche Aufklärungsrede, ohne Phrasen, ohne Geschwätz, ohne Redau. Solch ein ruhiger und sachlicher Verlauf einer Versammlung ist das beste Agitationsmittel für unsere

besonderen Genugtuung darf festgestellt werden, daß neben der Arbeiterpresse auch die Angestellten und Beamten sowie Angehörige des Mittelstandes, Kaufleute, freie Berufe, dann aber ein großer Prozentsatz Jungwähler als Besucher zu verzeichnen sind, auch zahlreiche Frauen!

Redner war unser Unterrichtsminister Dr. Kemme für den früheren Reichspräsidenten Innenminister eingeführt. Man kann auch einmal den Genossen Geyssler hier hätte hören, so sehr ist aber auch andererseits zu begrüßen, daß Dr. Kemme nun Gelegenheit hatte, auch in Karlsruhe, von den meisten und gemeinsten Verleumdungen und Beleidigungen frei ausgehen, vor der Wählerchaft zu sprechen. Der starke persönliche Beifall, mit dem der Minister begrüßt wurde, zeigte, was der anfängliche Teil der Bevölkerung von den eigenen Annahmen der diktatorischen Sozialisten und Ehrgeizern hielt.

Redner gab in seiner anerkennenswerten Rede ein historisches Bild der politischen Verhältnisse in Deutschland in den letzten Jahren. Entschieden vermehrte er die Sozialdemokratie für all das verantwortlich gemacht zu werden, was in den letzten Jahren in der deutschen Regierung in der letzten Jahre getan wurde. Gen. Dr. Kemme ließ nur die Tatsachen sprechen! Den Absichten und Zielen der bürgerlichen Innenministerien stellte er das klare und entscheidende Willen dar die Interessen der Allgemeinheit, des gesamten Volkes vertreten. Die Sozialdemokratische Partei anerkennt die weitesten Teil seiner Ausführungen zeichnete Redner ein anschauliches Bild der kapitalistischen Entwicklung; er sprach von den Diktatoren, was Marx, Lassalle, Engels die kapitalistische Entwicklung heraus gesehen haben, wie der Gegensatz zwischen Privatwirtschaft und sozialistischem System der Entscheidung zwischen Kapital und Arbeit. Die letzteren, mehr wissenschaftlichen und wissenschaftlichen Darlegungen des Redners fanden besonders bei der Wählerchaft aufmerksame Hörer. Es war dies ein anderes Bild über das Wesen und das Ziel und das Wesen des Sozialismus, als wie es von den wissenschaftlichen und politischen Janusgöttern und Dummköpfen in den nationalsozialistischen Versammlungen gegeben wird.

Die Versammlung verlief ohne jede Störung, obgleich Gen. Dr. Kemme ein Wort ein Wort beifällig, wie anfängliche und gezielte Reize einen Wahlkampf führen; sie brachte Aufklärung und Begeisterung. Der Erfolg wird am nächsten Sonntag nicht ausbleiben.

Genosse Minister Dr. Kemme

Wort. Mit tosendem Beifall begrüßt, betrat er das Podium. Er sprach zunächst auf die harte Arbeit hin, den Krieg zu liquidieren und die Währungsfrage. Eine kurze chronologische Darstellung über die Entwicklung seit dem 1. März 1922. Der Scheitern war groß, den das deutsche Volk nicht hätte. Die Katastrophensituation der rechtsstehenden Parteien 1922 eine Atmosphäre, die uns die Inflation gebracht hat. Mit Inflation ist auch der Ausverkauf Deutschlands und das was das Volk litt. Ende 1923 sahen, daß es den Krieg zum zweiten Mal verloren hat. Die Währung war völlig zerfallen. In dieser Situation trat wiederum die Sozialdemokratie ein zur Rettung des Vaterlandes.

Der Sozialdemokratie wird diese Arbeit nicht verkannt. Es kam das Dawesabkommen. Eine rein bürgerliche Regierung folgte, die aber bald wieder zerfiel, eine Regierung folgte der anderen.

Das Finanzwesen zerrütet

und man darf sagen, daß diese Finanzmiserie die Grundlage zur heutigen Finanzkrise war. Wenn das Zentrum behauptet, daß die Sozialdemokratie schuld ist an den Finanzschwierigkeiten, so stimmt diese Behauptung mit den Tatsachen nicht überein. Unter Reichsminister die Steuern ermäßigt werden. Herr Köhler blieb nicht mehr viel übrig, um die Steuern zu reduzieren. Er fand in der Regierung Marx keine Möglichkeit, die durch die Besoldungssteigerung bedingten höheren Ausgaben zu decken. Der Betriebsfonds mußte dazu verwendet werden und Ende 1928 war es beinahe so weit, daß bald nicht einmal die Beamtengehälter hätten ausbezahlt werden können. Es entstand ein Defizit von 825 Millionen Mark.

Die Verpflichtungen der Deutschen auf 100prozentige Aufwertung der Staatsanleihen wurden von ihnen selbst und der Regierung nicht erfüllt. Dafür erfolgte das 700 Millionen an der Reichsbank durch die Regierung Luther und Steuerermäßigungen.

Die beste Waffe im Wahlkampf

ist die Arbeiterpresse. Jeder Arbeiter muß während der Wahlbewegung die sozialdemokratische Presse lesen. Das ist Voraussetzung für unsern Sieg. Nur wenn jeder tatkräftig mithilft, wird der Sieg unser

Wahlversammlungen für die Industrie. Dies war das Ergebnis der Jahre 1924/25. Seitens der bürgerlichen Parteien wurde behauptet, daß mit der Sozialdemokratie keine Finanzreform gemacht werden könne. Die Verpflichtungen der Bürgerlichen, der großen Masse Entschuldigungen zu bringen, brachte die

Wahlversammlungen der Rechten im Mai 1928

und damit auch das Scheitern der bürgerlichen Regierung. Das Zentrum, Müller kam an seine Stelle. Müller ging nach Genf zum Weltkongress, fragte über die Not Deutschlands und verlangte die Besetzung der Rheinlande von der Besetzung, der Youngplan folgte mit seinen Entlohnungen von 650 Millionen für das deutsche Volk.

Anfang 1928 650 Millionen für die Besetzung der Finanzlage zu verwenden, verlangten die Handels- und Industriekreise die Besetzung für Herabsetzung der Besteuerung.

Es kam der Kampf gegen die öffentlichen Betriebe und die Sperrung der Auslandsanleihen für die Gemeinden. Zur selben Zeit verließen die Unternehmer, ihre Pläne auf

Verflechtung der Lage der arbeitenden Bevölkerung

Die Regierung Müller unterführte die 240 000 ausgeperrten Metallarbeiter in ihrem Kampf gegen die Verflechtung, während der heutige Arbeitsminister durch die Sanktionierung des Schiedsgerichts von Donnhafen einer Verflechtung der Lage der Arbeiterhaft zustimmte.

Nebenher wurden soziale Einrichtungen verflüchtigt. Die Deutsche Volkspartei hatte kein Verständnis für die sozialen Notwendigkeiten. Redner sagte jedoch dar, wie schwierig es war, den Reichshaushalt zu balancieren und das Zentrum und Deutsche Volkspartei der Sozialdemokratie nicht das Verständnis gab, einen Vermögensaufbau bei der Arbeitslosenversicherung zu verhindern. Man verweigerte die Bewilligung von Mitteln zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Müller demissionierte, Brüning trat an seine Stelle. Man wollte auch die bayerischen Bauern bei der Stange halten und Ernährungsminister Schiele fuhr nach dem Allgäu und kaufte für 40 000 A. Räte. Nun soll dieser Räte ins Laufen gekommen sein und man weiß nicht recht, wie er an den Bahnhof gerollt ist. (Stürmische Beifall.)

Gen. Kemme befahte sich jedoch mit der

Sollfrage

und sagte in interessanter Weise dar, wie man in Dänemark und Skandinavien der Landwirtschaft hilft. Der deutschen Landwirtschaft wollte man durch sog. Gleitschleife helfen, aber die neue Regierung hat diese Pläne zurückgeschlagen, weil die Großgrundbesitzer an konstanten Preisen nicht das Interesse haben, wie die mittleren und kleinen Bauern. All die guten Ansätze zu einer vernünftigen Volkswirtschaft wurden vernichtet, um den Interessentengruppen in der Regierung beizubehalten zu können.

Aber auch diese Maßnahmen genügen nicht, um eine gesunde Finanzpolitik zu erreichen. Redner kam auf die Moldenbauerische Finanzpläne zu sprechen und bemerkte, daß wenn die sozialdemokratischen Anträge, die sich mit den Moldenbauerischen Plänen zum Teil decken, angenommen worden wären, so wäre das Defizit beseitigt gewesen. Moldenbauer kam jedoch mit verflüchteten Anträgen, ihm folgte Dietrich mit seinen Plänen, die eine Belastung der großen Masse und eine Sperrung der bestehenden Rechte

mit sich brachten. Die Sozialdemokratie hat immer wieder eine eidesstattliche Erklärung bei der Vermögenssteueranlage verlangt. Wäre diesem Wunsch Rechnung getragen worden, so wäre ein großer Teil der im Auslande sich befindlichen deutschen Gelder wieder hereingekommen. (Stürmischer Beifall.) Die Sozialdemokratie war stets für einen Ausgleich des Etats, aber nur unter zwei Voraussetzungen, nämlich Vollenz der Bürgersteuer und Anpassung der übrigen Steuern an die sozialen Erfordernisse der Zeit. Diese Forderungen fanden keine Gnade bei den Bürgerlichen, Herr Brüning griff zum Art. 48. Jetzt, nachdem wir im Wahlkampf stehen und auf all diese Dinge hinweisen, stellt man an uns die Frage, wie wir uns den Fortgang nach dem 14. September denken. Die

Antwort sollen sich diejenigen selbst geben, die den Scherbenhaufen angerichtet haben.

Wenn Herr Scholz von der Deutschen Volkspartei die Nationalsozialisten in die Kalkulation zu seiner Regierungsbildung einstellt, so nimmt sich dies recht sonderbar heraus, wenn derselbe Mann in Ludwigsloren seine Befürchtung über die Radikalisierung der Nationalsozialisten zum Ausdruck brachte. Der Reichstag Scholz fand bei den Nationalsozialisten keine Gegenliebe, sondern Hitler kündete als Ergebnis des 14. September die Entstehung des 3. Reiches an. Als Redner auf die

Verhöhnungen der Arbeiterchaft durch Hitler

zu sprechen kam, wurden die Hitlerischen Beleidigungen mit Blut von der Versammlung beantwortet. Wenn Hitler glaubt, daß der deutsche Arbeiter keine Ideale besitzt, so beweist dies, daß dieser Mann ein Ausländer ist, ein Fremdling, der den deutschen Arbeiter überhaupt nicht kennt.

Neben Hitler wollen auch Volksparteiler und Volksparteier die Behrden pflegen, die letzteren sogar wie die Hitler den Reparatgedanken pflegen. Die Befähigung der Programme und Verhöhnungen der Hitler und Volksparteier, die leider ein gläubiges Publikum finden, erregte eine Massenbegeisterung bei der Versammlung.

Der Sozialismus als Rettungsanker

Gen. Kemme stellte sodann die Frage, was ist die Ursache der Zerrissenheit des deutschen Volkes und des furchtbaren Kampfes, der sich zur Zeit abspielt. Die Landwirte sind durch die Agrarkrisis mißtraulich geworden, sie sowohl wie der Mittelstand kennen die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht, sie schieben deshalb der Sozialdemokratie die Schuld in die Schuhe. Auch der Student glaubt den Sozialismus für eine trübe Zukunftsvision verantwortlich machen zu müssen. Nur dann wird es besser werden, wenn der Mehrheitswille entsteht, das

privatwirtschaftliche System, wenn es seine höchste Phase der Entwicklung erreicht hat, durch ein sozialistisches System zu ersetzen.

(Allseitiges Beifall.) Dieser Wahn ist für die Massen des deutschen Volkes eine der schwersten Gefahren, wenn das Glend der Massen beseitigt werden soll. Es ist der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeiterchaft und Bürgerum, der nicht die letzten Formen annehmen dürfte, wenn beim Bürgerum etwas mehr Verständnis für die wirtschaftliche Entwicklung vorhanden wäre. Dieser Kampf begann schon zu Beginn der kapitalistischen Produktion mit ihrer brutalen Ausbeutung der Massen. Karl Marx, ein Jude, aber ein Wissenschaftler, sagte die Entwicklung des Kapitalismus an Trübs und Konzernen voraus. Die Kriegswirtschaft beschleunigte diesen Prozeß. Dazu kann die Nationalisierung mit ihrer Brotlosmachung von Millionen von Arbeitern, Notstandsarbeit allein kann nicht die Not beheben, sondern die

Anerkennung und Verwirklichung der sozialistischen Forderung, daß da, wo die Kapitalmacht für den Staat gefährlich wird, sie in die Gemeinwirtschaft überführt wird.

Der Erfolg der großen Sozialisten und Trübs muß für den Staat, für seine Einwohner heilsam sein. (Stürmischer Beifall.) Es helfen nicht die Sprüche der Nationalsozialisten zur Beschlagnahme des sog. Kapitalkapitals, denn mit solchen Sprüchen werden nur die Köpfe vernebelt. Der

Weg führt zum Sozialismus,

aber nicht zu dem von den Nationalsozialisten geerbten verkrüppelten Sozialismus.

Links von uns stehen uns die Kommunisten des Arbeitererrats, trotzdem wir heute noch das fordern was wir auch früher verlangt haben. Die nötigen Vorbedingungen zur Verwirklichung müssen aber, wie unsere Altkämpfer lehren, vorhanden sein und dem Bedürfnis der Allgemeinheit entsprechen. Wer glaubt, daß die sozialen Notwendigkeiten eingedämmt werden können, wie dies durch die Notverordnung geschieht, der geht einen schiefen Weg, der zum Chaos führt. Bei dieser Wahl geht es nicht nur um die Abgabe eines Stimmzettels, sondern um viel Wichtigeres. Die Mission der Sozialdemokratie ist ungeheuer groß, wir dürfen keine va banque-Politik treiben, wir wollen praktische Politik treiben. Wir müssen es aber ablehnen, nur ein Paktier zu sein und die Forderungen der anderen Parteien zu bewilligen.

Die einrichtige Wählerchaft wird das Verhalten der Sozialdemokratie verstehen und schätzen.

Wer die Diktatur an Stelle des Volksrechts und des Parlamentarismus setzt, der begeht schlimmsten Verrats.

Der Reichstag, der einen Verfassungsbruch duldet, ist nicht wert zu leben. Unser Streben gilt der Freiheit, der Würde und dem Recht. (Stürmischer Beifall.) In neuem Sturm rufen die Signale, marschier, der Mensch ist unterwegs, erobert das Vaterland! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Nachdem der minutenlang anhaltende Beifall sich gelegt hatte, forderte Gen. Koch zur Diskussion auf, von der aber niemand Gebrauch machte. Ein kurzer, aber kräftiger Schlußappell des Vorsitzenden, Gen. Koch, und die machtvolle von besser Stimmung befehlte und imposante Kundgebung für Sozialismus und Demokratie hatte um 10 Uhr ihr Ende erreicht.

Wählt LISTE 1 SOZIALDEMOKRATEN

Kraichgau

Bruchsal

Die Kirchenbühnen unserer Stadt gehen in letzter Zeit immer mehr ins Stocken. Insbesondere die Stadtkirchenbühne, die man ja am weitesten hat, haben mit ihren 2 bis 3 Minuten Verspätung der Arbeiter, aber auch allen Reisenden, die zur Bahn müssen. Was manchmal 2 Minuten Verspätung alles zur Folge haben kann, erübrigt sich darzulegen. Also liebe Stadterwaltung, Sorge für Abhilfe in dieser Beziehung; aber mögen die Uhren 2 Minuten vor- als nachgehen!

Monatsbericht über die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Bruchsal

Die Zahl der Arbeitsuchenden hat im Arbeitsamtsbezirk Bruchsal im Monat August gegenüber dem Vormonat um 50 abgenommen und betrug am 30. August 1930 4293. Die Zahl der offenen Stellen im August von 283 auf 328 gestiegen. Die Vermittlungstätigkeit umfaßte insgesamt 289 Arbeitsstellen. Es wurden ferner 80 Arbeitsstellen überlassen; außerdem konnten zum Schluß des Monats als Hilfsarbeiter 43 Mann vermittelt werden. Im Vergleich zum Vorjahre bedeutet diese Vermittlungstätigkeit eine Zunahme von 36 Vermittlungen. — Die Zahl der arbeitslosen Unterfertigungsangestellten ist von 3102 auf 3096 gefallen und die der Arbeiterunterfertigungsangestellten von 496 auf 542 gestiegen. Am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres wurden 1293 Arbeitslosenunterfertigungsangestellter und 189 Arbeiterunterfertigungsangestellter gezählt.

Bretten

Parteiversammlung. Die Samstagabend stattgefundene Parteiversammlung hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Es wurde die Einleitung der Wahlarbeit, die sehr zweckmäßig gefaßt und einen guten Erfolg für die Partei verspricht, vorgenommen. Die geplante Einführung der Biersteuer wurde einstimmig abgelehnt. Den zur Aussteuerung gelangenden Arbeitslosen muß unbedingt für Arbeit gesorgt werden; eine andere Regelung der Arbeitslosenfrage muß abgelehnt werden. Die Sozialdemokratische Partei schließt zur Ausleistung des Gemeindefaßbuchs vor: Abbau der Dienerkassen und der Landwirtschaftlichen Winterschule, die der Stadt nur unnötige Kosten verursachen.

Nationalsozialistischer Heberfall
Nach Beendigung der Versammlung des Arbeitervereins „Normar“ Bretten überließ der Arbeiter Jakob Weber, zur Zeit arbeitslos, den Arbeiterführer Arthur Mundina. Die Ursache der feigen Tat war, sich an einem Arbeiter, der in Arbeitervereinen tätig ist, zu rächen, für die dieser Tage erfolgte Ausschließung aus der Freien Turnerschaft Bretten. Am gleichen Abend erfolgte die Ausschließung aus dem Arbeiterverein. Die Arbeiterpartei erklärt hiermit die Trennung zwischen Arbeiterpartei und diesen Ausschließungen. Die Arbeiterpartei, die nicht Willens ist, sich von solchen Arbeiterverrätern, die sich für ein Glas Bier kaufen lassen, terrorisieren zu lassen, bereite dem Nach- und Arbeiter die verdienten Arbeitsplätze. Die Arbeiterpartei greift zur Selbsthilfe, denn sie ist nicht gewillt, von dieser Sorte Arbeiter ihre Führer beschimpfen zu lassen.

Ein Anglistische
Wir schreiben uns: Der Bretten Führer der sogenannten Nationalsozialistischen „Arbeiter“ Partei, Christian Müller, der bei geordneten Zeiten sich emporhebt bei evangelischen und katholischen Kirchensängern in Erinnerung zu bringen versucht, hat es mit einer großen Angst zu tun, denn er geht inständig um den Heberfall ins Geschäft. Müller ist auch als Vertreter der Christlich-Nationalen Arbeitnehmer schon 3 Jahre im Kreistagessprengel, ohne auch nur einmal ein Wort zu den vorliegenden Tagesordnungspunkten zu sprechen. Seine ganze Tätigkeit bestand im Diätenempfangen.

Die Freunde der Hakenkreuzer
Der Wahlkampf hat mit seiner ganzen Schärfe begonnen. Die Nationalsozialisten, an der Spitze deren Führer, der Würfenmacher Christian Müller, verließen die Einwohnerstadt mit allerhand unheimlichen Märschen zu gewinnen. Bei der Arbeiterpartei werden sie wohl kein Glück haben, dafür sind die bis jetzt betragenen Mittel aber, einschließlich Vorstand, viel zu bekannt. Auch eine Anzahl Parteimitglieder zeigen offen ihre Sympathie für die Hakenkreuzer. So angebener Zeit werden wir die Arbeiterpartei auf diese Gefährliche hinweisen, damit sie die entsprechend berücksichtigen kann. Von den Beamten ist als einziger Förderer der allerdings sich etwas im Hintergrund haltende Volksfreund Konnewacher genannt; auch der Vorstand der Deutschen Turnerschaft, Adolf Doll, liebäugelt stark mit dem Hakenkreuz.

Eine Zumutung an die Gewerkschaften
Das Süddeutsche Volksblatt Bretten brachte dieser Tage ein Eingeländ, aus dem die Mut spricht, die diese Herrn haben, weil die freien Gewerkschaften die Sozialdemokratische Partei in diesem Wahlkampf so tatkräftig unterstützen. Der biedere Eingeländschreiber meint, die freien Gewerkschaften, die doch 800 Millionen Mark Vermögen hätten, und denen doch die Arbeiter der Firma Groß anzuheben, wären in erster Linie verpflichtet, der Firma mit 40.000 M. unter die Arme zu greifen!!! Sollen die Gewerkschaften nicht auch noch das Süddeutsche Volksblatt finanzieren?
Der Eingeländschreiber hat anscheinend die Arbeitgeberverbände verstanden! Oder haben die kein Vermögen? Was geschieht denn mit der Kaufsteuer pro Arbeiter und Woche von je einer Mark, die die Arbeitgeber an ihre Verbände bezahlen? Haben die Gewerkschaften die Schließung des Betriebes Groß verschuldet? Oder haben nicht die Arbeiter selbst die Firma darauf hingewiesen, daß unter den bestehenden Betriebszuständen der Betrieb sich überhaupt nicht halten kann? Das ganze Eingeländ riecht stark nach Reichstagswahlkampf und läßt den Verfasser unheimlich erraten. Vielleicht stellt er nun die 40.000 M. selbst zur Verfügung.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Voraussetzliche Witterung für Mittwoch, den 10. September:
Kühler, bewölkt, etwas wärmer, keine nennenswerten Niederschläge, leichte süßliche Winde.

Wasserstand des Rheins
Böbel 88, gest. 2; Waldsbut 294, gest. 14; Schutterinsel 160, gest. 2; Rehl 283, gest. 3; Maxau 456, gest. 7; Mannheim 355, gest. 5 Zentimeter.

Vereinsanzeiger

Kraichgau
Kraichgau. Am Mittwoch, 10. September, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Lamm“ Parteifunktionärsversammlung. Kurze Mitteilungen zur Kenntnis, daß der Bezirk Kraichgau mit der Gernsbach-Bezirksgruppe beginnt. 5853

Veranstaltungen

Dienstag, 9. September:
Kraichgau: 8 Uhr im „Lamm“ Parteifunktionärsversammlung.
Kraichgau: 8 Uhr im „Lamm“ Parteifunktionärsversammlung.
Kraichgau: 8 Uhr im „Lamm“ Parteifunktionärsversammlung.

Wähler-Versammlungen

mit dem Thema:
Geldsackdiktatur oder gerechte Lastenverteilung?

- Dienstag, 9. September:**
Vorsheim: Mittags 5 1/2 Uhr im Saalbau. Referent: Dr. Kemme.
Erlangen: Abends 8 1/2 Uhr im „Linden“. Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Dr. Marum und Landtagsabg. Gen. Trinks. Die Arbeiterjugend wird eine pol. Revue vorführen.
Bruchsal: Abends 8 Uhr im „Bürgerhof“. Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Dr. Marum-Rarlsruhe. Die Arbeiterjugend Durlach wird eine pol. Revue vorführen.
- Mittwoch, 10. September:**
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Friedrichshof“ Frauen- und Arbeitervereine. Referent: Landtagsabg. Genoffin Ficker-Rarlsruhe und Genoffin A. Wagner-Rarlsruhe. Die Arbeiterjugend Durlach wird eine politische Revue vorführen.
Baden-Baden: Abends 8 Uhr im „Aurelia-Sängerhaus“. Referent: Gen. Marum-Rarlsruhe.
- Donnerstag, 11. September:**
Ruppelshausen: Vormittags 10 Uhr beim Rathaus Erwerbslosenversammlung. Referent: Gen. Erb-Rarlsruhe.
Erlangen: Abends 8 Uhr im „Linden“. Referent: Gen. Landtagsabg. Rüdiger-Rarlsruhe. Die Arbeiterjugend Durlach wird eine politische Revue vorführen.
Kochsteden: Abends 9 Uhr in der „Linde“. Referent: Genoffe Trinks-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 1/2 Uhr im Rathaus. Referent: Genoffe Josef Bischof-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Friedrichshof“. Beamtensammlung. Referent: Stadtdirektor Gen. Rimmelmann-Rarlsruhe.
- Freitag, 12. September:**
Wageningen: Abends 8 Uhr in der „Gambirudstraße“. Referent: Gen. Bürgermeister Albert-Durlach.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Landtagsabg. Gen. Graf-Forsberg.
Wageningen: Abends 8 Uhr im „Großen Rasthof-Saal“. Referent: Bürgermeister Gen. Wilmanns-Offenburg.
Wageningen: Abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent: Stadtrat Gen. Löper-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im Hotel „Krone“. Referent: Pastor Gen. Bollmann-Forsberg.
Kraichgau-Durlach: Abends 8 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Landtagsabg. Gen. Graf-Forsberg.
Gutten: Abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Landtagsabg. Gen. Rimmelmann-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 1/2 Uhr im „Grünen Baum“. Referent: Genoffe Schmidt-Rarlsruhe.
Wageningen: Abends 8 1/2 Uhr in der „Blume“. Referent: Landtagsabg. Genoffin Ficker-Rarlsruhe.
Kraichgau: Mittags 5 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Gen. Markloff-Forsberg.
Wageningen: Abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent: Hauptlehrer Gen. Füll-Rarlsruhe.
Wageningen: Abends 8 Uhr im „Lamm“. Referent: Genoffe Rimmelmann-Rarlsruhe.
Erlangen: Abends 8 1/2 Uhr im „Strauß“. Referent: Genoffe Gurschig-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 1/2 Uhr in der „Linde“. Referent: Gen. Landtagsabg. Gen. Rüdiger-Rarlsruhe.
Wageningen: Abends 8 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Landtagsabg. Gen. Rüdiger-Rarlsruhe.
Wageningen: Abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Gen. Alfred Weiler-Rarlsruhe.
Wageningen: Abends 8 Uhr in der „Traube“. Referent: Genoffe Mar Tomberg-Forsberg.
Wageningen: Abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Genoffe Rerz-Rarlsruhe.
- Samstag, 13. September:**
Vorsheim: Mittags 5 1/2 Uhr im Saalbau. Referent: Genoffe Pfarrer Gert-Rarlsruhe.
Durlach: Abends 8 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Bürgermeister Gen. Wilmanns-Offenburg.
Wageningen: Abends 8 1/2 Uhr im Rathaus. Referent: Genoffe Beck-Rarlsruhe.
Erlangen: Abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Genoffe Philipp-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Gen. Gortz-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Genoffe Landtagsabg. Arnold-Mannheim.
Kraichgau: Abends 8 Uhr. Referent: Genoffe Lehmann-Forsberg.
Wageningen: Abends 8 Uhr in der „Krone“. Referent: Gen. Stadtrat Pfarrer-Forsberg.
Kraichgau: Abends 8 1/2 Uhr im „Kraut“. Referent: Genoffe Stadtrat Philipp-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 1/2 Uhr im „Linden“. Referent: Genoffe Wilhelm Rerz-Rarlsruhe.
Gutten: Abends 8 1/2 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Genoffe Landtagsabg. Graf-Forsberg.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Erlangen“. Referent: Gen. Böhringer-Rarlsruhe.
Kraichgau-Weilerheim: Abends 8 Uhr im „Edwin“. Referent: Gen. Mar Tomberg-Forsberg.
Kraichgau-Grimmelsheim: Abends 8 Uhr in der „Mittelsiedlung“. Referent: Gen. Rerz-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Gen. Hauptlehrer Gortz-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Abelischen Hof“. Referent: Gen. Hermann Gortz-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Gen. Stadtrat Weiler-Forsberg.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Linden“. Referent: Gen. Stadtrat Döbele-Forsberg.
Kraichgau-Kraichgau: Abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent: Gen. Rimmelmann-Rarlsruhe.
Kraichgau: Abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Lehrer Genoffe Gurt-Forsberg.

Als Wahlpropaganda Plak-Konzerte mit dem Lautsprecher und Vorführung des Wahltrickfilms

- wie folgt statt:
- Dienstag, 9. September:**
Süßstadt auf dem Werderplatz etwa um 7 Uhr.
Mittel- und Süßstadt auf dem Ludwigsplatz etwa um 8 Uhr.
Mittelstadt auf dem Wendelsohnplatz etwa um 9 Uhr.
- Mittwoch, 10. September:**
Hordwaldsiedlung auf dem Platz in der Telegrafentafelzone etwa um 7 Uhr.
Weißstadt auf dem Gutenbergsplatz etwa um 8 Uhr.
Mühlburg auf dem Peter- und Paulsplatz etwa um 9 Uhr.
- Donnerstag, 11. September:**
Weierheim beim „Weierheimer Hof“ etwa um 7 Uhr.
Dorfstadt auf dem Tullaplatz etwa um 8 Uhr.
Kraichgau beim „Schwanen“ etwa um 9 Uhr.
- Freitag, 12. September:**
Alles Nähere wird noch bekannt gegeben.
- Samstag, 13. September:**
Grünwinkel beim Turnerkreis etwa um 7 Uhr.
Daglanden auf dem Kirchplatz etwa um 8 Uhr.
Wulach beim „Lamm“ etwa um 9 Uhr.
- Die Filmvorführungen können nur bei günstiger Witterung stattfinden. — Die vorstehende Zusammenstellung mußte in der angegebenen Weise erfolgen, da Rücksicht auf stattfindende Wahlerversammlungen unserer Partei zu nehmen war.
Genosseninnen und Genossen! Findet euch selbst ab und an den angegebenen Plätzen ein und werbt für Massenbesuch. Schützt die Vorführwagen!

Kleine bad. Chronik

Unwetter im Murgtal
D3, Gernsbach, 8. Sept. Das starke Gewitter, das am Samstagabend im Murgtal herrschte, hat sich besonders stark in der Gegend von Gernsbach ausgebreitet, wo etwa 15 Minuten lang Hagelschauer niedergingen, die an den Reibbergen schweren Schaden anrichteten, ebenso an den Ribbenfeldern. Der dem Hagelschlag folgende Sturm trieb die jährliche Obstbäume um, brachte eine Reihe von Dächern in der Stadt ab, richtete auch unter den prächtigen Trauerweiden im Stadtpark starke Verwüstungen an und brachte besonders schlimm auch in dem benachbarten Orte Scheuern. Das Unwetter scheint sich aber nur in der tiefen Gegend besonders stark ausgebreitet zu haben, während in der weiteren Umgebung und im weiteren Murgtal kein weiterer Schaden entstanden ist. Die wenigen Minuten, während deren hier das Unwetter herrschte, haben verheerende Wirkung hervorgebracht.

Schwere Verkehrsunfälle
Tribera, 8. Sept. Gestern Abend ereignete sich an der Straßenkreuzung Dornberga-Tribera-St. Georgen ein schwerer Autounfall. Der 48-jährige Mechaniker E. Weinheimer von Tribera war mit dem 6-jährigen Landwirth Müller von Langenschiltach im Begriff, die Straße zu überqueren, als einer der großen Omnibusse, die infolge der Sperrung der Bahnlinie den Personenverkehr Tribera-Sommerau aufrecht erhalten, die beiden von der Seite anfuhr. Weinheimer wurde überfahren und war sofort tot, während Müller schwere Beinverletzungen erlitt.

Ein weiterer Unglücksfall ereignete sich in dem kurzzeitig gesperrten großen Triberaer Rebrunnel, 300 Meter innerhalb des Tunnels fuhr eine Fördermaschine auf einen schmalspurigen Materialzug auf. Dabei kamen die Arbeiter Sched aus Petersell und Bauer aus Rainsheim zwischen Maschine und Zug. Sched erlitt schwere Bein- und Rippenquetschungen, während Bauer ein Ohr abgerissen wurde und andere Quetschungen erlitt. Beide wurden ins Krankenhaus verbracht.

Schwerer Verkehrsunfall
D3, Ettlingen, 8. September. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich in der Nähe der Spinnererei und Weberei Ettlingen. Der etwa sieben Jahre alte Junge Schuler aus Eufendorf sprang aus einem Lastfuhrwerk in dem Augenblick herab, als ein Auto aus Kraichgau vorbeifuhr. Er sprang direkt in das Kraftfahrzeug hinein und erlitt lebensgefährliche Verletzungen, sobald er ins hiesige Krankenhaus verbracht werden mußte.

Neuenweg am Belchen. Am Samstag schlug der Blitz auch im Belchengebiet in den unterhalb der Jugendbergsberge gelegenen Bauernhof des Landwirts Friedrich Schwarz und tötete. Das häßliche Unwetter brante reich nieder, so daß kaum das Vieh gerettet werden konnte. Der Gesamtschaden beläuft sich auf etwa 34.000 Mark.

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Volkmar, Prell, Staat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: E. Gräner, Baden, Landbau, Gewerkschaftliches, Aus der Partei, Kleine Mitteilungen, Baden, Baden, Durlach, Gerichtsamt, Postamt, Die Welt der Frau: Hermann Linter, Groß-Rarlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Briefkasten: Josef Elfele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Schriftliche wohnhaft in Rarlsruhe in Baden. Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei: Volksfreund G.m.b.H., Rarlsruhe.

Student von Prag
von Hanns Heinz Ewers
Nur bis einschließlich Donnerstag
Täglich 4.00 6.20 8.40

Wir müßten verlängern!
Die Nachfrage ist noch immer ungeheuer!
Wir spielen daher noch einige wenige Tage:
4 1/2 7 9 Uhr
Westfront 1918
Der gewaltige Tonfilm
Das ist kein Film, das ist kein Theater, das ist restloses Erleben, das ist krasseste Wirklichkeit, das ist einfach 2 Stunden an der Westfront 1918.
Wenn sich der Vorhang über dem donnernden, schreienden, fragenden Ende schließt, braucht man einige Sekunden, um sich zurückzufinden und erliszt festzustellen, daß man nicht im Kriege war, sondern im bequemen Sessel des Theaters. Einen solchen Eindruck kann kein Buch, kein Theater und kein stummer Film vermitteln. Das blieb dem Tonfilm vorbehalten.
Westfront 1918 das größte Tonfilm-Ereignis der Gegenwart
Seit 3 Wochen das Tagesgespräch der Stadt
Nur noch wenige Tage

SCHAUBURG
Marienstraße 16 Telefon 6284

Badisches Landestheater
Karlsruhe

Wer noch nicht Dauerbesucher ist, der sei klug
und melde sich sofort zur Platzmiete an. Der Platzmieter ist Stütze des Theaters und daher Kulturträger! — Telefonruf: Landestheater

Konservatorium Post für Musik
Dir. Herm. Post, staatlich anerkannter Pädagoge für Violine, Telefon 1930
Seminarstr. 3
ausbildg. i. all. Fächern d. Musik, siehe Prospekt (auch Abendunterricht)

Gardinen • Teppiche
Aparie N'Leinen . . . per Meter 1.50
Mod. Mull bunt . . . per Meter 1.20
Tulle ca. 130 cm br. . . per Meter 1.80
Eleg. Kunstseide bunt per Meter 3.40
Flammé alle Farben . . per Meter 4.95
Aparie Store Meterware per Meter 3.75
Madras-Garnituren 3 teilig . . 3.95
Landhausgardinen . . per Meter 0.60
1a Boucle-Teppiche 200/300 . 60.-
1a Velour-Teppiche 200/300 . 89.-
Bettvorlagen
Bett-, Tisch- und Diwandecken
in allen Preislagen
Zusehnisse von Dekorationen kostenlos
Spezialhaus
Gebr. Kaul
Kaiserstr. 109

Spelezzimmer
biete matt
Huber, Waldstr. 28
Volksfreundhaus
Häufige
Empfehle mich im Anfertigen sämtl. Damen-garderobe, in u. auß. dem Hause. Garantie tabell. St. annehmbare Preise. Frau Schmidt, Kaiser-allee 77 a. [2988]
In 3 Tagen
Nichttraucher!
Kaufstift kostenlos.
Sanitas-Depot
Halle a. S., 392 L.
Jetzt nur noch
ESKA
in dieser Literflasche
QUALITÄTSMARKE

Gloria-Palast
Am Rondellplatz
Ab heute in Erstaufführung!
Ein reizendes
Tonfilm-Lustspiel
Zweimal Hochzeit
Eine mißglickte Heiratsvermittlung mit 5845
LIANE HAID
Lucie Englisch — Harald Paulsen
Paul Morgan — Ralph A. Roberts
in den Hauptrollen
Unter Mitwirkung des Ben Berlin-Orchesters
Im Beiprogramm:
Der Mädchenraub Musik ohne Instrumente
Die aktuelle Emeka-Wochenschau
Jugendliche haben Zutritt zu ermäßigten Preisen

Gesamtverband
der Arbeitnehmer der öffentl. Betriebe und des Personen- u. Waren-Verkehrs.
Gruppe Beamte
Donnerstag, den 11. September, abends 8 Uhr, im Lokal zum „Friedrichshof“
Beamten-Versammlung
Tagesordnung: Vortrag:
Der 14. September ein Schicksalstag des deutschen Volkes
Ref.: Oberstadtschulrat Simmelmann
Kollegen! Beamte! Kommt in diese Versammlung.
6839 Die Ortsverwaltung.

Schreibmaschine
AEG, wenig geb., wie neu, weit unt. Preis, an Bert. Bogelstr. 39.
Frach., Swoting-, Gehros-Anzüge
berleht 2702
Franz Josef, Gartenstr. 7

Um die Kaufkraft zu heben, führen wir einen großzügigen
Preis-Abbau
durch
Beispiel:
1 Schlafzimmer RM. 590.-
Eiche, moderne Form, weißer Marmor, Innenspiegel etc.
1 Küche
nat. las. moderne Linienführung, komplett . . . nur
Möbel Carl Baum & Co.
Erbsprinzenstraße 30 (kein Laden)
Ständiges Lager über 100 Zimmer und Küchen

Dankfagung
Beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen sind uns so viele Beweise herz. Teilnahme zugegangen, daß es uns unmöglich ist, einzeln zu danken. Wir sprechen deshalb auf diesem Wege allen unseren innigen Dank aus.
Karlsruhe, 8. September 1930.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Albert Ruber

Immer ein Gewinner
IST DAS VOLKSFREUND-INSERAT
GELUNGENER UND WERBEWIRKSAMER
Treffer

Rosenzarte Haut
zart, rein und edel ist ihre Gesichtshaut, wenn Sie dieses das ganze Jahr hindurch mit d. separaten Raps-Creme pflegen. Sommersprossen, Runzeln etc. verschwinden. In den einschlägigen Geschäften zu haben.
Durlacher Anzeigen
Fleisch-, Wurst- und Badwarenlieferung.
Wir bereiten die Lieferung von Fleisch- und Wurst sowie Badwaren für das städtische Krankenhaus und Altersheim für die Zeit vom 1. Oktober 1930 bis einschl. 31. März 1931. Zur Lieferung kommt nur beste Qualitätsware in Betracht. Angebote hierfür sind — mit entsprechender Aufschrift versehen — unter Angabe des auf die jeweiligen Tagespreise zu gewährenden Rabatts bis spätestens
Donnerstag, den 11. September ds. J., vormittags 11 Uhr,
auf der Krankenhausverwaltung im städtischen Krankenhaus Durlach abzugeben.
Durlach, den 5. September 1930. 1266
Städt. Krankenhausverwaltung

Wahltagswahl.
Die Stimmberechtigten hiesiger Stadt werden zu dem am
Sonntag, den 14. September 1930, von vorm. 8 Uhr bis 5 Uhr nachm., stattfindenden Neuwahl des Reichstages eingeladen.
Ich nehme Bezug auf die jedem Stimmberechtigten zugewandene Benachrichtigung, aus welcher Stimmbezirk und Lokal zu ersehen sind und verteilte im übrigen auf die Anschläge an den Verteilungstafeln. Frühzeitige Ausübung der Wahlpflicht wird dringend empfohlen.
Diejenigen Stimmberechtigten, welche sich aus zwingenden Gründen am Wahltag auswärts aufhalten, können sich bis längstens Freitag, den 12. September, nachm. 5 Uhr, auf dem Rathaus — Ständekamt — unter Vorlegung der Wahlbenachrichtigung einen Stimmzettel ausstellen lassen, womit sie in einem beliebigen Stimmbezirk ihre Stimme abgeben können. Voraussetzungen dafür ist jedoch, daß der Stimmberechtigte hier in der Stimmkarte eingetragen ist.
Wie aus dem Kundendruck der zugewandenen Benachrichtigungen ersichtlich, finden diese bei der Gemeindevahl im November in gleicher Weise Verwendung, ihre sorgfältige Aufbewahrung bis dahin wird daher nochmals dringend empfohlen.
Karlsruhe, den 9. September 1930.
Der Oberbürgermeister.

Munz'sches Konservatorium
mit Seminar, staatlich anerkannte Musiklehranstalt
Telephon 2813 Waldstraße 79
Ausbildung in allen Zweigen der Musik einschließlich Oper, Meisterklassen für Instrumentalspiel, Dirigieren, Komposition und Solopoesang.
Seminar zur Vorbereitung für die staatliche Privatmusiklehrer-Prüfung, Reifeprüfungen
Beginn des Schuljahres 15. September

STADTGARTEN
Mittwoch, den 10. September, von 16 bis 18 1/2 Uhr
Nachmittags-Konzert der Polizeikapelle.

Zurück
Facharzt für
Gemüts- und
Nervenleiden
Dr. med. O. Rist
Bahnhofstr. 12 an d. Karlsruh.

Mietervereinig. Karlsruhe
Beisitz: (nur briefl. Karte.) Gemeindevorstr. 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Kastatter Anzeigen
Aufforderung
Erneuerung von Begräbnisplätzen
auf dem neuen Friedhofe Karlsruh.
Auf dem hiesigen neuen Friedhofe Karlsruh. sind Begräbnisplätze, welche in den Jahren 1909 und bis 1. April 1910 mit Grabschreibern belegt worden sind, umgegraben worden. Die Grabschreiber sind demnach zu entfernen. Die Grabschreiber sind demnach zu entfernen. Die Grabschreiber sind demnach zu entfernen.
Die Vergrößerung ist für ein Grabmal für ein Kind 16 Jahre.
Karlsruh, den 23. August 1930
Der Oberbürgermeister.
Renner
Land- und forstwirtschaftliche
Anstalt für den Kreis Karlsruh.
Anlässlich der Revision und Neuanschaffung des Reichs für das Jahr 1930 werden alle diejenigen Einwohner, welche ihren Wohnort seit Spätjahr 1929 einget. hierher eingewandert oder erweitert haben, dem Reichsamt innerhalb 8 Tagen auf dem Reichsamt Zimmer 14, mündlich oder schriftlich zu erklären.
So keine Anzeige erfolgt, müssen wir annehmen, daß Veränderungen im bisherigen Wohnort nicht eingetreten sind.
Karlsruh, den 3. September 1930.
Der Oberbürgermeister.
A. S. Odamann.

Westfront 1918
VIER VON DER
INFANTERIE
Roman von Ernst Johannsen
RM. 2.80 gebunden
Der gewaltige Film als Buch!
VOLKSFREUND-BUCHHANDLUNG
KARLSRUHE I. BADEN, WALDSTRASSE 28

Schreibarbeiten
Heimarbeit jeder Art
werden ausgeführt.
Off. unt. O.Z. an den
Volksfreundbüro.
Nach gut erhaltenen
Kinderlegs-Wagen
billig abzugeben. 5848
Abholung Durlach, Kornweg 1, p.
Gebr. S. Plegewagen
und Klappstuhl bill. zu
vert. Bogelstr. 24.
Mod. weißer
Kinderwagen
und Klappstuhl bill. zu
vert. Bogelstr. 24.
Wählt
den guten Rat.
Emil-Herd nur b.
Grenz-
Andlauer, straße 10